



PRESSEMITTEILUNG

Landesverband Lippe verhängt Haushaltssperre für noch laufendes Jahr 2018

Hauptursache sind Mehrausgaben und wahrscheinliche Mindereinnahmen in der Forstabteilung

Lemgo, 15. November 2018. Die Verwaltung des Landesverbandes Lippe hat in der gestrigen Sitzung der Verbandsversammlung mitgeteilt, dass sie eine Haushaltssperre für das noch laufende Jahr 2018 erlassen hat. Grund für die Entscheidung von Verbandskämmerer Peter Gröne ist die aktuelle Finanzlage: „Nach heutigen Erkenntnissen droht eine gravierende Verschlechterung des Haushalts 2018, deshalb mussten wir reagieren“, so Gröne.

Trotz angespannter Haushaltslage und einer geplanten Rücklagenentnahme in Höhe von rd. 1 Mio. Euro war der Haushalt 2018 von der Aufsichtsbehörde – dem NRW-Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung – genehmigt worden, blickte Gröne zurück. Die Haushaltslage habe sich im Laufe des Jahres zugespitzt: „Zum einen bleiben die Renditen am Finanzmarkt für unsere Finanzanlagen hinter unseren Erwartungen zurück. Zum anderen aber – und das ist die weit gravierendere Negativentwicklung – müssen wir unsere Haushaltsansätze in der Forstabteilung deutlich korrigieren“, so Gröne. So habe die Verbandsversammlung der Forstabteilung bereits überplanmäßig rund 700.00 Euro bewilligt: für die Beseitigung der Schäden vom Sturm „Friederike“ sowie für zusätzliche Arbeiten aufgrund der diesjährigen, massiven Schäden durch den Borkenkäfer. „Diese überplanmäßigen Ausgaben können nicht durch zusätzliche Einnahmen gedeckt werden. Wir gehen vielmehr davon aus, dass sich die prognostizierten Holzeinnahmen in diesem Jahr nicht realisieren lassen“, ergänzte Vorstandsvorsteherin Anke Peithmann.

Hans-Ulrich Braun, Leiter der Forstabteilung des Landesverbandes Lippe, erläuterte die Gründe für die Mehrausgaben und wahrscheinliche Mindereinnahmen in seiner Abteilung: „Der Orkan ‚Friederike‘ vom 18. Januar, die ausgeprägte und langanhaltende Sommerdürre mit mehreren Hitzewellen und die daraus sich entwickelnde, deutschlandweit und flächendeckend auftretende Borkenkäferkalamität haben unsere planmäßige Forstwirtschaft außer Kraft gesetzt.“ Auch die Wälder des Landesverbandes Lippe seien von diesen Schadereignissen in Mitleidenschaft gezogen worden: „Wir haben rund 56.000 Festmeter Schadholz aus dem Sturm und bis jetzt rund 20.000 Festmeter Schadholz aufgrund des Borkenkäfers bilanziert.“

Die Beseitigung der Sturmschäden sei aufgrund der schwierigen, unfallträchtigen und gefährlichen Aufarbeitung in großen Teilen nur mit Hilfe von maschinellem Einsatz in dem gewünschten Tempo und Ausmaß möglich gewesen. „Auch wenn unsere eigenen Forstwirte mit der Motorsäge die Schäden aufarbeiteten, war der begleitende Einsatz von Forstschleppern aus Gründen der Unfallverhütung zwingend erforderlich“, so Braun. Die Hitzewelle habe ihre Arbeitsleistung beeinträchtigt, dadurch verursachte Ausfälle mussten ebenfalls durch externe Unternehmer aufgefangen werden. Nicht zuletzt habe die aufwändige und zeitraubende Beseitigung von Sturmschäden an öffentlichen Straßen bzw. öffentlicher Infrastruktur, auch an Wanderwegen im Rahmen der Vorbereitung des Deutschen Wandertages in Detmold, sowie an Außengrenzen zu Wohnbebauungen hohe Mehrausgaben verursacht.

„Seit Ende Juli bis heute haben wir aufgrund der langanhaltenden Dürre und Hitzewellen flächendeckend Borkenkäferschäden in unseren Fichtenbeständen registriert, die ein unverzügliches Handeln zur Abwehr weitergehender Schäden an unseren wertvollen Bäumen erforderte“, führte Braun weiter aus. Auch hier mussten aufgrund des raschen Schadfortschrittes verstärkt externe Unternehmen, soweit überhaupt noch verfügbar, eingesetzt werden. „Mehreinnahmen aus Holzverkauf zur Deckung der Mehrkosten sind aufgrund des stark fallenden

Fichtenstammholzpreises und der derzeitigen, begrenzten Aufnahmebereitschaft der Industrie bis zum Ende des Haushaltsjahres nicht zu erwarten“, so Brauns Einschätzung.

Die Verhängung der Haushaltssperre bedeutet, dass der Landesverband Lippe 2018 nur noch Ausgaben tätigen darf, die aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung, z. B. aus Verträgen, oder zur Fortführung des Verwaltungsbetriebes nötig sind; freiwillige Ausgaben oder Investitionen sind nicht mehr möglich. Der Landesverband rechnet zudem mit Auswirkungen für 2019, das neue Jahr werde kein leichtes werden.